



HESSISCHER LANDTAG

10. 06. 2025

Kleine Anfrage

Yanki Pürsün (Freie Demokraten) vom 01.04.2025

Prävention

und

Antwort

Ministerin für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege

Vorbemerkung Fragesteller:

Im Koalitionsvertrag hat die Hessische Landesregierung eine umfassende Stärkung der Prävention und Gesundheitsförderung angekündigt. Zentrale Elemente dessen sind die Einrichtung einer Stabsstelle „Resilienzvorsorge“ sowie der Ausbau von Präventionsketten zur nachhaltigen Förderung der Bevölkerungsgesundheit. Besondere Aufmerksamkeit sollen dabei die Pflegebedürftigkeitsprävention, Suchtprävention, psychische Gesundheit und die Bekämpfung sozialer Isolation erhalten. Obwohl diese Zielsetzungen vielversprechend sind, fehlen bisweilen die damit verknüpften Umsetzungskonzepte

Diese Vorbemerkung vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage gemeinsam mit der Ministerin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration sowie dem Minister für Kultus, Bildung und Chancen wie folgt:

Frage 1 In welchen Bereichen plant die Landesregierung den Ausbau der Prävention?

Das Land Hessen unterstützt in einem ersten Förderzeitraum 2023 bis 2025 bis zu zehn hessische Kommunen über die Landesförderung „Präventionsketten Hessen – Gelingendes Aufwachsen, Kinderrechte leben“ beim strukturierten Auf- und Ausbau von Präventionsketten als integrierte kommunale Gesamtstrategien zur Bekämpfung der Folgen von Kinderarmut.

Ein Fokus der Arbeit liegt auf Familien mit Kindern im Alter von 0 bis 10 Jahren. Die hessenweit vorhandenen Netzwerke Früher Hilfen bilden dabei den Ausgangspunkt für den Auf- und Ausbau kommunaler Präventionsketten und verfolgen unter anderem das Ziel, eine gesundheitsförderliche Lebenswelt für Kinder zu gestalten, indem viele Akteure und Aktivitäten vor Ort miteinander verzahnt werden.

Präventionsketten sind vernetzte, aufeinander abgestimmte Strukturen und Angebote, die darauf abzielen, Kinder und ihre Familien von der Geburt bis ins junge Erwachsenenalter kontinuierlich zu unterstützen. Als kommunale Gesamtstrategie schaffen sie verbindliche Kooperationsstrukturen zwischen den unterschiedlichen Akteuren aus den Bereichen Gesundheit, (frühe) Bildung, sozialen Trägern und ehrenamtlichen Initiativen, um eine lückenlose, lebensphasenorientierte Prävention zu gewährleisten. Die Frühen Hilfen sind dabei der erste Baustein der Präventionsketten in Hessen.

Hierbei liegt ein Schwerpunkt in der Gestaltung gelingender Übergänge in den Lebensphasen (zum Beispiel in der Phase des Eintritts in die Kita oder des Übergangs von der Kita in die Schule), um Zugänge zu Angeboten niedrigschwellig und passgenau zu ermöglichen. Die Orientierung an den Kinderrechten und die Förderung der Umsetzung ist dabei ebenfalls zentral.

Eine zweite Förderphase für weitere fünf Kommunen von 2026 bis 2028 ist in Planung.

Im Bereich der frühkindlichen Bildung werden die landesseitigen Angebote zur Gesundheitsförderung und Prävention stetig weiterentwickelt und ausgebaut. Beispiele hierfür sind die Weiterführung der Vernetzungsstelle Kita-Verpflegung, die Fachstelle Gesundheitsfördernde Kita, Maßnahmen aus dem Förderprogramm Starke Kitas – Starke Teams sowie weitere Angebote im Rahmen der Implementierung des Bildungs- und Erziehungsplans für Kinder von 0 bis 10 Jahren in Hessen (BEP).

Im Kindes- und Jugendalter werden die wesentlichen Grundlagen für ein gesundes Leben gelegt. Die Landesregierung möchte deshalb die Kinder- und Jugendgesundheit ganzheitlich stärken und ansetzen, bevor Krankheiten entstehen. Dazu braucht es neben der Zusammenarbeit mit den Partnern aus dem Gesundheitswesen auch ein breites Netzwerk und Kooperationen mit den Institutionen, die gesundheitsfördernde Lebenswelten in Familie, Kita, Schule und Kommune gestalten. Das Ministerium für Familie, Senioren, Sport, Pflege und Gesundheit (HMFG) nimmt hierbei eine koordinierende Rolle ein, um die bereits bestehende fach- und ressortübergreifende Zusammenarbeit weiter auszubauen und zu stärken.

Die Kinder- und Jugendgesundheit wird zudem Thema in der nächsten Sitzung des Pakts für Gesundheit Hessen sein. Als strategisches und über alle Sektoren hinweg besetztes und agierendes Gremium bietet der Gesundheitspakt die richtige Plattform, um gemeinsam nachhaltige Verbesserungen in der Gesundheitsversorgung von Kindern zu entwickeln und auch umzusetzen. Ziel ist es, in diesem Rahmen einen Aktionsplan Kindermedizin zu erarbeiten. Darüber hinaus werden die Paktmitglieder entsprechend der gemeinsamen Absichtserklärung auch die Themen Prävention und Gesundheitsförderung beraten.

Die Früherkennungsuntersuchungen im Kindesalter sind ein wichtiger Baustein für die gesunde Entwicklung. Im Rahmen der Novellierung des Hessischen Kindergesundheitsschutzgesetzes soll deshalb das Einladungswesen des Hessischen Kindervorsorgezentrums (HKVZ) um die Jugendgesundheitsuntersuchung J1 für Zwölf- bis Vierzehnjährige erweitert und so die Teilnahme an dieser Früherkennungsuntersuchung gefördert werden, bei der auch der Impfstatus der Jugendlichen überprüft wird.

Das Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen (HMKB) setzt sich mit Nachdruck für die Implementierung präventiver Angebote in Schulen ein, um Sucht- und psychische Erkrankungen zu begrenzen und die Resilienz der Schülerinnen und Schüler zu fördern. Zu den Maßnahmen gehört neben Informations- und Fortbildungsangeboten für Lehrkräfte zum Umgang mit psychisch belasteten Schülerinnen und Schülern auch ein umfangreiches Angebot an universellen Präventionsprogrammen für Schulen. Der Ausbau schulpsychologischer Beratung und die Verstärkungen der multiprofessionellen Ressource an Schulen tragen darüber hinaus maßgeblich zur Prävention beziehungsweise zur Förderung der psychischen Gesundheit bei.

Im Bereich der Informations- und Fortbildungsangebote kann auf folgende Maßnahmen verwiesen werden:

- Um Lehrkräften mehr Sicherheit im Umgang mit psychisch belasteten Schülerinnen und Schülern zu geben und sie für etwaige Hilfsbedarfe und Hilfsangebote zu sensibilisieren, wurde unlängst die Handreichung „Psychische Gesundheit im Unterricht thematisieren“ veröffentlicht. Eine Handreichung „Pädagogischer Umgang mit psychisch belasteten Schülerinnen und Schülern“ ist noch für dieses Jahr geplant.
- Im Rahmen einer Kooperation mit der Psychotherapeutenkammer Hessen wurde eine landesweite Online-Lehrkräftefortbildung zu psychischen Krankheitsbildern bei Kindern und Jugendlichen angeboten, um Lehrkräfte dabei zu unterstützen, psychische Erkrankungen bei Schülerinnen und Schülern besser wahrnehmen, verstehen und thematisieren zu können. Alle Vortragsmaterialien sind über die Internetseite des HMKB weiterhin abrufbar. Eine Fortführung der Fortbildungsreihe mit weiterführenden Schwerpunkten ist aktuell in Planung.
- Ergänzende Lehrkräftefortbildungen werden darüber hinaus regional über die Schulpsychologie angeboten.
- Ein freiwilliges Angebot für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst, in dessen Rahmen über psychische Erkrankungen und Möglichkeiten des pädagogischen Umgangs informiert wird, wird aktuell erprobt.

Ferner unterstützt das HMKB Schulen mit gezielten Programmen zur Förderung der Resilienz und der psychischen Gesundheit im Allgemeinen, die auch spezifische Maßnahmen zur Suchtprävention umfassen:

- Das Kompetenzzentrum Schulpsychologie Hessen bietet zusammen mit den schulpsychologischen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern der Staatlichen Schulämter spezifische Präventionsprogramme zur Förderung der Resilienz und der psychischen Gesundheit an. Damit werden in Schulen Räume geschaffen, psychische Gesundheitsprobleme im Austausch mit geschulten Fachkräften zu thematisieren und für Hilfsangebote zu sensibilisieren.
- Darüber hinaus kooperiert das HMKB mit externen Anbietern schulischer Präventionsprogramme und ermöglicht Schulen den Zugang zu diesen Angeboten. Im März 2025 wurde eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem HMKB, der Unfallkasse Hessen und der BARMER zur landesweiten Verbreitung des Schulentwicklungsprogramms „MindMatters“

geschlossen. Das Programm kann mit schulpsychologischer Unterstützung an Schulen eingesetzt werden. Darüber hinaus besteht eine Kooperation mit dem Verein „Irrsinnig Menschlich e. V.“, der das Programm „Verrückt? Na und!“ anbietet.

- Weitere schulische Präventionsprogramme, die durch die Stärkung der allgemeinen Lebenskompetenzen einen unmittelbaren Beitrag zur Erhaltung der psychischen Gesundheit und zur Suchtprävention leisten, stehen hessischen Schulen darüber hinaus bei Bedarf zur Verfügung.
- Auf den Internetseiten des HMKB wurde ein neuer Inhaltsbereich „Psychische Gesundheit in der Schule“ eingepflegt, der die Angebote im Themenfeld für Schulen im Überblick darstellt und über die Zugangswege informiert.
- Im Arbeitsbereich „Schule und Gesundheit“ wird derzeit im Rahmen des Gesamtzertifikats „Gesundheitsfördernde Schule“ das Teilzertifikat „Sucht- und Gewaltprävention“ zum Teilzertifikat „Psychische Gesundheit“ weiterentwickelt. Die regionalen Fachberaterinnen und Fachberater für Schule und Gesundheit werden die Schulen auf dem Weg zur Zertifizierung begleiten und unterstützen.
- Im Zuge der Teillegalisierung des Konsums von Cannabis für Erwachsene ab 01.04.2024 (Gesetz zum kontrollierten Umgang mit Cannabis und zur Änderung weiterer Vorschriften – CanG) werden neben den bereits langfristig etablierten Angeboten zahlreiche zusätzliche Maßnahmen umgesetzt, um die suchtpreventive Arbeit an Schulen zu stärken. Dabei baut die schulische Cannabisprävention auf der bereits bestehenden, umfassenden Konzeption der Suchtprävention an hessischen Schulen auf.

Die Beratungs- und Unterstützungsangebote werden im Bereich des HMKB kontinuierlich weiterentwickelt:

- Die Schulpsychologie in Hessen wurde in den letzten Jahren kontinuierlich ausgebaut. In Hessen stehen im Schuljahr 2024/2025 140,5 Planstellen für Schulpsychologinnen und Schulpsychologen zur Verfügung.
- Darüber hinaus bietet die hessische Schulpsychologie in Kooperation mit der Landesschülervertretung auch in diesem Schuljahr regelmäßig schulpsychologische Videosprechstunden an, in deren Rahmen vertrauliche Einzelberatungen mit einer Schulpsychologin oder einem Schulpsychologen möglich sind.
- Des Weiteren stehen in den Schulen Beratungslehrkräfte, die Schulsozialarbeit sowie sozialpädagogische Fachkräfte bei Fragen zu Lernschwierigkeiten, zur Schullaufbahn sowie bei Lebensproblemen zur Verfügung. Sie tragen zur Stärkung der sozialen Kompetenzen bei und unterstützen die Schülerinnen und Schüler in ihrer schulischen und persönlichen Entwicklung.
- Zudem verstärken 50 Stellen für Schulgesundheitsfachkräfte die Multiprofessionalität an Schulen. Die Schulgesundheitsfachkräfte sind Vertrauenspersonen in gesundheitlichen Fragen und unterstützen Lehrkräfte, Eltern sowie Schülerinnen und Schüler.
- Für alle Beschäftigten an öffentlichen Schulen stehen umfassende Angebote der Medical Airport Service GmbH (MAS) kostenfrei zur Verfügung. Neben Vorträgen, Fortbildungen und Workshops bietet die MAS GmbH auch eine Beratungshotline zur individuellen Belastungsreflexion und Ressourcenstärkung für Lehrkräfte, Schulleitungen und weitere schulische Bedienstete des Landes an.

Somit können Lehrkräfte und Schulen auf umfangreiche Unterstützungsangebote auf verschiedenen Ebenen zurückgreifen. Zudem bündelt die im HMKB eingerichtete Koordinierungsstelle „Psychische Gesundheit in der Schule“ bestehende Aktivitäten, Programme und Kooperationen auf dem Gebiet der psychischen Gesundheit, erleichtert Informations- und Zugangswege zu den Unterstützungsangeboten und begleitet den weiteren Ausbau der Angebote, um eine bedarfsorientierte Passung sicherstellen.

Bewegung und Sport sind neben einer gesunden Ernährung wesentliche Grundlagen für einen stabilen Gesundheitszustand über die gesamte Lebensspanne hinweg. Körperliche Aktivitäten in Form von ausreichend Bewegung und Sport in der Kindheit ermöglichen die Entwicklung grundlegender motorischer Fähigkeiten und fördern die kognitive Ebene, die Lernbereitschaft und das psychosoziale Wohlbefinden. Für Erwachsene ist eine körperliche Aktivierung sowohl ein wichtiger Ausgleich für die mentale Gesundheit als auch ein Gegenpol zu den vorwiegend sitzenden Arbeitstätigkeiten und oft sehr einseitigen Bewegungsabläufen. Im höheren Lebensalter dient die Bewegung der Erhaltung grundlegender Funktionen und fördert die Selbständigkeit.

Mit dem Landesprogramm „SPORTLAND HESSEN bewegt“ konnten bereits tragfähige Strukturen für Prävention und Gesundheitsförderung etabliert werden. Ziele des Landesprogramms sind eine Schärfung des öffentlichen Bewusstseins, der Ausbau von Angebotsstrukturen, die Sicherung der Qualität von Angeboten und die kontinuierliche Verbesserung sowie ein Beitrag zur Vernetzung vieler gesundheitsfördernder Bemühungen in Hessen.

Projekte und Maßnahmen zur Bewegungsförderung und damit auch zur Gesundheitsförderung sind zum Beispiel der Hessische Bewegungsscheck in den dritten Klassen, die „Initiative mehr Bewegung in den Kindergarten“, das Förderprogramm „Mehr Prävention für unser SPORTLAND HESSEN – Hessen bleibt bewegt“ des Landessportbund Hessen mit den Bausteinen Qualifizierung im Präventionsbereich, Zuschuss für Präventionsangebote, „Sport im Park“, der „Alltags-Fitness-Test“ für Ältere, Materialpaket Gesundheitssport und digitale Gesundheitsangebote. Die Projekte und Maßnahmen werden kontinuierlich evaluiert, weiterentwickelt und ausgebaut mit dem Ziel, dass sich alle Hessen mehr bewegen und damit ihrer Gesundheit etwas Gutes tun.

Im Sinne eines möglichst langen selbstständigen Lebens im Alter dienen auch Maßnahmen zur Barrierefreiheit im häuslichen Umfeld der Prävention. Das HMFG fördert hierzu die Hessische Fachstelle für Wohnberatung. Das Angebot wird stark nachgefragt. Aufgrund steigender Beratungszahlen wird die personelle Kapazität in der Hessischen Fachstelle für Wohnberatung im Jahr 2025 aufgestockt.

Für ein möglichst selbstbestimmtes Leben in der eigenen Häuslichkeit sind außerdem zugehende Unterstützungen, zum Beispiel durch Senioren- und Nachbarschaftshilfevereine eine wichtige Säule im Hilfenetz. Die vom Land Hessen geförderte „Fach- und Vernetzungsstelle Senioren- und Generationenhilfe“ angesiedelt bei der Hessischen Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung e. V. (HAGE) leistet hier einen zentralen Beitrag zur Beratung in den Kommunen sowie zur Koordination und Vernetzung der Akteure.

Frage 2 Welche Aufgaben und Verantwortlichkeiten werden der Stabsstelle „Resilienzvorsorge“ zugewiesen?

Frage 3 Wie ist der aktuelle Stand bei der Einrichtung der Stabsstelle (Zeitplan, Personal, Konzept, Handlungsfelder, Wirksamkeits- und Erfolgsmessung et cetera)?

Die Fragen 2 und 3 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam wie folgt beantwortet: Der Landesregierung ist es ein Anliegen, Strukturen zur Resilienzvorsorge zu entwickeln, Einzelheiten werden hierzu erarbeitet.

Frage 4 Was wird die Landesregierung im Bereich der Pflegebedürftigkeitsprävention unternehmen?

Die Landesregierung erarbeitet derzeit ein Landespflegekonzept für Hessen. An der Entwicklung des Konzepts sind Akteurinnen und Akteure aus Praxis, Wissenschaft und Politik beteiligt. In diesem gemeinsamen Entstehungs- und Dialogprozess werden unterschiedliche pflegerelevante Themenbereiche beleuchtet. Neben vielen weiteren Themen wird auch die Prävention von Pflegebedürftigkeit eine Rolle spielen. Das Konzept trägt dazu bei, eine langfristige und nachhaltige Pflegeversorgung in Hessen zu sichern. Es umfasst Maßnahmen zur besseren Bedarfsplanung, Unterstützung pflegender Angehöriger, Verbesserung der Pflegeberatung und den Ausbau der Pflegeinfrastruktur. Nach dem Auftaktworkshop zur Denkfabrik Pflege am 05.03.2025 wird das Landespflegekonzept nun in weiteren Beteiligungsformaten erarbeitet werden. Die Fertigstellung des Landespflegekonzepts ist für Ende 2026 geplant.

Gemeindepflegerinnen und Gemeindepfleger erfassen bereits im Vorfeld von schwerer Erkrankung oder Pflegebedürftigkeit einen sich abzeichnenden Unterstützungsbedarf. Mit Fokus auf der medizinischen und pflegerischen Versorgung, der Unterstützung im Alltag und der sozialen Teilhabe, vermitteln Gemeindepflegerinnen und Gemeindepfleger geeignete Angebote und Hilfen vor Ort. Gemeindepflegerinnen und Gemeindepfleger können bestehende Strukturen sinnvoll ergänzen, indem sie einen Lückenschluss zwischen (haus-)ärztlicher und pflegerischer Versorgung sowie Angeboten der sozialen Teilhabe herstellen. Die Unterstützungsleistung der Gemeindepflegerinnen und Gemeindepfleger orientiert sich dabei am Wunsch der Klientinnen und Klienten und erfolgt koordiniert durch den Landkreis oder die kreisfreie Stadt.

Die Landesregierung bezuschusst die Einrichtung von Personalstellen für Gemeindepflegekräfte. Eine solche Zuwendung wird als Projektförderung im Wege der Anteilsfinanzierung als nicht rückzahlbarer Zuschuss in Höhe von 80 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben bis zu einer maximalen Förderhöhe von 50.000 Euro pro Jahr bezogen auf eine Vollzeitstelle (gemäß Tarifvertrag) gewährt. Die aktuelle Förderrichtlinie tritt zum 31.12.2026 außer Kraft. Eine neue Förderrichtlinie wird derzeit erarbeitet.

Frage 5 Wird sich die Landesregierung der „Suchtprävention“ und der „Psychischen Gesundheit“ annehmen?

Die Landesregierung fördert im Rahmen der kommunalisierten Landesmittel die landesweit bei unterschiedlichen freien Trägern angesiedelten regionalen Fachstellen für Suchtprävention ebenso wie die Koordinierungsstelle Suchtprävention bei der Hessischen Landesstelle für Suchtfragen (HLS) e. V. Die Fachstellen für Suchtprävention sind mit hauptamtlichen Fachkräften besetzt, deren Aufgaben ausschließlich im Bereich Suchtprävention liegen. Mit den aktuell 29 Fachstellen für Suchtprävention ist eine flächendeckende Versorgung aller kreisfreien Städte beziehungsweise Landkreise in Hessen gewährleistet.

Die Arbeit der Fachstellen für Suchtprävention umfasst insbesondere die Vernetzung regionaler Ressourcen und die Arbeit mit Multiplikatorinnen und Multiplikatoren wie beispielsweise Eltern oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kindertagesstätten, Schulen, Vereinen und Jugendeinrichtungen. Auch die Erhöhung der Sensibilität für das Thema Sucht durch Öffentlichkeitsarbeit ist wichtiger Bestandteil dieser Arbeit.

Die Angebote der Fachstellen bestehen aus differenzierten und auf die Bedürfnisse der jeweiligen Zielgruppe abgestimmten Programmen, die sich an Alters- und Themenschwerpunkten orientieren. Um die Qualität der Arbeit zu sichern, sind regelmäßige Fortbildungen obligatorischer Bestandteil der Arbeit in den Fachstellen. Eine Liste von in Hessen durchgeführten Präventionsprogrammen ist auf der Webseite der Hessischen Landesstelle für Suchtfragen zu finden.

In Bezug auf die Lebenswelt Schule und die Angebote in diesem Kontext wird auf die Ausführungen zu Frage 1 verwiesen.

Frage 6 Wann kommt der „Aktionsplan gegen Einsamkeit“?

Die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt einen Aktionsplan gegen Einsamkeit zu entwickeln. Dieser Plan zielt darauf ab, präventive Maßnahmen zu implementieren und die bestehenden Strukturen und Programme einzubeziehen und zu erweitern. Die Erarbeitung eines solchen Aktionsplans erfordert einen differenzierten und interdisziplinären Prozess, der ressortübergreifend konzipiert ist und eine Zusammenarbeit mit relevanten Akteurinnen und Akteuren einschließt. Auf ministerieller Arbeitsebene wurden bereits erste Schritte eingeleitet, darunter die Einrichtung und Tätigkeit der interministeriellen Arbeitsgruppe „Einsamkeit“. Die Veröffentlichung des Aktionsplans gegen Einsamkeit wird das Ergebnis dieses Prozesses darstellen und in der laufenden Legislaturperiode erfolgen.

Frage 7 Welche Ziele verfolgt die Landesregierung mit dem Pakt für Gesundheit Hessen?

Das Gesundheitswesen steht vor zahlreichen und komplexen Herausforderungen, die nur gemeinsam und sektorenübergreifend gelöst werden können. Die Partnerinnen und Partner des Pakts für Gesundheit Hessen haben deshalb vereinbart, in diesem Gremium über Sektor- und Einzelinteressen hinweg gemeinsame Strategien zu entwickeln, um eine hochwertige und erreichbare Gesundheitsversorgung für die Menschen in Hessen zukunftsfest zu gestalten.

Frage 8 Warum ist die Reha dort nicht vertreten?

Der Pakt für Gesundheit Hessen setzt sich im Kern aus den zentralen Akteuren der gesundheitlichen Versorgungsstrukturen zusammen. Zu den einzelnen Sitzungen werden themenbezogen weitere jeweils beteiligte Akteure aus dem hessischen Gesundheitswesen eingeladen, um die entsprechende Expertise hinzuziehen. Dies kann sich auch auf den Bereich Rehabilitation beziehen.

Frage 9 Gibt es bei diesem Pakt Zeitplan, Konzept sowie Wirksamkeits- und Erfolgsmessung?

Jede Sitzung des Pakts hat einen thematischen Schwerpunkt. Die Schwerpunkte wurden von den Paktpartnerinnen und -partnern in der gemeinsamen Absichtserklärung festgehalten. Weitere Themen werden bei Bedarf und auf Anregung innerhalb des Pakts ergänzt.

In den Sitzungen fassen die Paktpartnerinnen und -partner einen Beschluss, mit dem sie sich auf das weitere Vorgehen im jeweiligen Handlungsfeld verständigen. Zeitplan, Konzept sowie Wirksamkeits- und Erfolgsmessung werden in diesem Rahmen bei Bedarf individuell vereinbart.

Der Pakt wurde zudem bereits bei aktuellen Fragestellungen aktiv, so wurde bereits das Thema Fachkräftesicherung im Gesundheitswesen beraten. In der nächsten Sitzung wird das Thema Kindergesundheit behandelt werden.

Frage 10 In welcher Form werden die Kommunen in die Umsetzung dieser gesundheitspolitischen Vorhaben eingebunden?

Alle Kommunalen Spitzenverbände sind als Partner am Pakt für Gesundheit Hessen beteiligt.

Wiesbaden, 30. Mai 2025

Diana Stolz